



Stadt Leverkusen

Solingen



Hilden

Stadt
Langenfeld



Industrie- und Handelskammer
zu Düsseldorf

Bergische Industrie- und Handelskammer
Wuppertal-Solingen-Remscheid

Klingenstein Solingen · Der Oberbürgermeister · R5 · 42648 Solingen

Bundesministerium für Verkehr
Bundesminister Steffen Bilger
Invalidenstraße 44
10115 Berlin

- vorab per E-Mail an poststelle@bmvi.bund.de -

Klingenstein Solingen |
R 5 – Planung, Bauen, Verkehr und Umwelt
Walter-Scheel-Platz 1
42651 Solingen
Ansprechpartner:
Bgo. Andreas Budde
Fon 0212 290 – 4212
E-Mail a.budde@solingen.de

Datum

06.08.2026

Absage des Bundes an die Temporäre Seitenstreifenfreigabe auf der A3 zwischen Hilden und Leverkusen-Opladen

Sehr geehrter Herr Bundesminister Bilger,

zunächst einmal gratulieren wir Ihnen ganz herzlich zur Ernennung zum Bundesverkehrsminister. Sie übernehmen das Amt in einer verkehrspolitisch schwierigen Zeit und wir wünschen Ihnen für Ihre herausfordernde Aufgabe viel Erfolg.

Uns ist bewusst, dass ein derartiger Kaltstart – zumal bei den hochkomplexen Mobilitätsthemen – mit einem hohen Abstimmungs- und Einarbeitungsbedarf verbunden ist. Dennoch möchten wir diese Chance für die dringende Bitte an Sie nutzen, die kürzlich erfolgte endgültige Absage an die Temporäre Seitenstreifenfreigabe (TSF) auf der A3 zwischen Hilden und Leverkusen-Opladen grundlegend zu überdenken. Diese Entscheidung aus Ihrem Haus halten wir für ein fatales Signal an unsere Region und auch bundesweit.

Zur Erläuterung:

Der Lokalpresse haben wir entnommen, dass die Autobahn GmbH – und damit auch das Bundesverkehrsministerium – eine Temporäre Seitenstreifenfreigabe (TSF) auf der A3 zwischen Hilden und Leverkusen-Opladen selbst als Vorgriff auf den achtstreifigen Ausbau endgültig verworfen hat. Wir haben uns seit 2022 unter anderem in mehreren Schreiben an Ihr Ministerium und an Ihre Vorgänger persönlich für die TSF eingesetzt. Auch die Metropolregion Rheinland hat sich in einem Positionspapier für eine grundsätzliche Neubefassung mit dem Thema stark gemacht (siehe Anlage). Wir hätten uns daher ein anderes Ergebnis gewünscht.

Besonders unbefriedigend finden wir, dass diese Entscheidung aus unserer Sicht nicht überzeugend begründet wird. Ein Argument lautet, dass viele Brücken in diesem Bereich nicht breit oder hoch genug für die TSF und überdies teilweise in einem schlechten Zustand sind.

Darüber hinaus werden nun – auf Nachfrage der Rheinischen Post – die Kosten als weiteres Argument angeführt, die bei TSF und Vollausbau „nahezu identisch“ seien.

In der Machbarkeitsstudie von 2022 zur Seitenstreifenfreigabe wurden die Kosten noch auf etwa 59 Millionen Euro und damit elf Prozent des Vollausbaus (531 Millionen Euro) geschätzt. Wir fragen uns, wodurch sich diese erhebliche Kostensteigerung jenseits der allgemeinen Kostenentwicklungen begründet, und bitten Sie um Transparenz, welche 2022 nicht absehbaren Kosten in Ihre Kalkulation eingeflossen sind.

Darüber hinaus wird in der Studie ausführlich auf den mangelhaften Zustand einer Reihe von Ingenieurbauwerken und ihre mangelnde Dimensionierung in diesem Abschnitt hingewiesen – und keinesfalls als Hindernis gesehen. Es war deshalb von vornherein geplant, dass die Sanierung bzw. der Neubau von Brücken zu den notwendigen Arbeiten zur Umsetzung der TSF gehören würde, genauso wie etwa der Bau von Nothaltebuchten oder die Anpassung von Knotenpunkten. All das ist in der Machbarkeitsstudie – sogar mit großzügigen Zeitachsen und vergleichsweise geringen Kosten aufgeführt. Für die notwendigen baulichen Maßnahmen waren drei Jahre eingeplant. Zusammen mit der planerischen Vorbereitung inklusive eines Planfeststellungsverfahrens ist man deshalb in der Studie von insgesamt sechs Jahren Zeit bis zur Verwirklichung der TSF ausgegangen.

Interessanterweise war diese lange Umsetzungszeit bisher der Kernkritikpunkt aus Ihrem Haus an einer Temporären Seitenstreifenfreigabe. Denn selbst wenn man bereits 2023 mit den Planungen begonnen hätte, wäre die TSF frühestens 2029 umgesetzt gewesen. Im Jahr 2030 sollte allerdings schon der Start des Komplettausbaus erfolgen. Die Argumentation des Bundesverkehrsministeriums und der Autobahn GmbH war bisher, dass sich aufgrund dieser zeitlichen Nähe eine TSF nicht lohnen würde. Jetzt ist aber von Ihrem Ministerium klargestellt worden, dass der Komplettausbau sich um Jahre verzögern wird. Eine Seitenstreifenfreigabe könnte also in der Zwischenzeit für eine Entlastung auf der A3 sorgen.

Gleichzeitig wird bekannt, dass die Autobahn GmbH – weil ein Start des Komplettausbaus derzeit nicht absehbar ist – die Ingenieurbauwerke auf ihre Standsicherheit prüfen und gegebenenfalls unabhängig von einem Komplettausbau sanieren oder neu bauen wird, um Gewichtsbeschränkungen oder gar Komplettsperren auf der A3 zu vermeiden. Wir begrüßen dies ausdrücklich! Wir fragen uns allerdings, warum dann nicht auch die TSF umgesetzt werden kann.

Die Entscheidung gegen eine TSF bei gleichzeitiger Verschiebung des achtstreifigen Ausbaus bedeutet, dass unsere Region weiterhin unter den massiven Verkehrsproblemen auf der A3 leiden wird. Aufgrund der prognostizierten Verkehrszunahme wird sich die Lage absehbar weiter zuspitzen. Wirtschaftsverkehr und Pendlern werden zusätzliche Fahrzeiten auferlegt, Unternehmen bleiben schlecht erreichbar und das Wirtschaftswachstum wird weiter hinter den Möglichkeiten zurückbleiben.

Wir möchten Sie deshalb dringend bitten, die Entscheidung zur TSF noch einmal neu zu denken. Sie ist wesentlich leichter und konfliktfreier im Hinblick auf die Anliegerkommunen umzusetzen und würde eine Sanierung bzw. den Ausbau der Ingenieurbauwerke beinhalten. Aufgrund der Regelungen des neuen Infrastruktur-Zukunftsgesetzes gehen wir davon aus, dass die Umsetzung der notwendigen Brückenbaumaßnahmen jetzt auch ohne Planfeststellungsverfahren erfolgen könnte, was die Umsetzungszeit einer TSF deutlich beschleunigen könnte.

Daher nochmals unser Appell an Sie und Ihr Haus: Nutzen Sie die Möglichkeiten des Infrastruktur-Zukunftsgesetzes und zeigen Sie, dass pragmatische Verkehrspolitik kurzfristige Lösungen für die Probleme vor Ort liefern kann!

Für den weiteren Austausch stehen wir gerne zur Verfügung und bedanken uns bereits vorab für Ihre Antwort.

Mit freundlichen Grüßen



Stadt Leverkusen

Stefan Hebbel
Oberbürgermeister
Stadt Leverkusen

so

Solingen

Daniel Flemm
Oberbürgermeister
Klingenstadt Solingen



Kreis Mettmann

Dr. Bettina Warnecke
Landrätin
Kreis Mettmann



Hilden

Dr. Claus Pommer
Bürgermeister
Stadt Hilden



**Stadt
Langenfeld**

Gerold Wenzens
Bürgermeister
Stadt Langenfeld



Industrie- und Handelskammer
zu Düsseldorf

Gregor Berghausen
Hauptgeschäftsführer
Industrie- und Handelskammer zu Düsseldorf



Bergische Industrie- und Handelskammer
Wuppertal-Solingen-Remscheid

Michael Wenge
Hauptgeschäftsführer
Bergische IHK Wuppertal-Solingen-Remscheid

Anlage:

- Positionspapier der Metropolregion Rheinland zur Temporären Seitenstreifenfreigabe (Juni 2024)